

## **Nutzung von E-Zigaretten mit dem Konsum von herkömmlichen Zigaretten gleichsetzen**

Beschluss des Deutschlandtages vom 11. bis 13. Oktober 2019 in Saarbrücken

Die Junge Union Deutschland fordert die Nutzung von E-Zigaretten im „Gesetz zum Nichtraucherschutz“ und dem „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens“ mit dem Konsum von herkömmlichen Zigaretten gleichzusetzen.

### **Begründung:**

Die in 2007 erlassenen Gesetze dienen dem Schutz der Gesundheit von Nichtrauchern durch das passive Rauchen.

In den letzten Jahren erfreuen sich die sogenannten E-Zigaretten immer größerer Beliebtheit. Diese sind jedoch nicht von den vorgenannten Gesetzen erfasst, weshalb sie in der Praxis häufig in ausgewiesenen rauchfreien Bereichen genutzt werden.

Aufgrund der gegensätzlichen Meinungen zur Schädlichkeit der E-Zigaretten und der nicht ausreichend erforschten Spätfolgen des aktiven und passiven Konsums dieser Zigaretten, sind diese zum Schutz von Nichtrauchern zwingend aus rauchfreien Bereichen zu verbannen.

Zusätzlich zu den bisher bekannten E-Zigaretten sind insbesondere in den USA bereits E-Zigaretten auf dem Vormarsch, die nachweislich einen deutlich höheren Nikotingehalt als herkömmliche Zigaretten aufweisen und zu erhöhter Abhängigkeit führen. Diese erfreuen sich insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen stetig steigender Beliebtheit. So werden E-Zigaretten von der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA bereits als Epidemie betitelt.

104

Die Erweiterung der bestehenden Gesetze dient daher auch dem Schutz von Kindern und Jugendlichen. Daher ist eine Anpassung dringend notwendig.